

RS OGH 1981/6/23 5Ob538/81, 5Ob696/81, 1Ob581/83, 1Ob546/84, 6Ob563/85, 5Ob541/85, 1Ob626/85, 2Ob535

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 23.06.1981

Norm

ABGB §864a

ABGB §879 Abs1

ABGB §879 Abs1

ABGB §879 Abs3

HGB §346

Rechtssatz

Bei der Inhaltskontrolle von "AGB" und "Vertragsformblättern" oder "Formularverträgen", sofern diese im Einzelfall einer Gleichbehandlung mit "AGB" zugänglich sind, war schon vor dem Inkrafttreten des KSchG nach dem Maßstab der Anordnung des § 879 Abs 1 ABGB am dispositiven Recht als dem Leitbild eines abgewogenen und gerechten Interessenausgleiches Orientierung zu nehmen (Bydlinski, FS-Kastner 45, insb 63): Eine weitgehende einseitige Abweichung vom dispositiven Recht, das für den "Durchschnittsfall" eine ausgewogene, gerechte Rechtslage anstrebt, kann unter den besonderen Verhältnissen der "Allgemeinen Geschäftsbedingungen" nämlich im Bereich der "verdünnten Vertragsfreiheit" des Kunden, rechtlich nicht toleriert werden; die auffallenden Inäquivalenz der beiderseitigen Regelung (Bydlinski aaO 63). Dabei ist die Restgültigkeit der nur teilweise von Nichtigkeit betroffenen Vertragsbestimmung anzuerkennen (Krejci, JBl 1981,170, insb 255), sofern diese Bestimmung nicht sachlich eng mit einer begünstigenden Klausel verknüpft ist, weil sich dann die Rechtspositionen der Parteien zueinander in einer vom Parteiwillen nicht mehr gedeckten Weise verschöben.

Entscheidungstexte

- 5 Ob 538/81

Entscheidungstext OGH 23.06.1981 5 Ob 538/81

Veröff: JBl 1982,652

- 5 Ob 696/81

Entscheidungstext OGH 02.03.1982 5 Ob 696/81

nur: Bei der Inhaltskontrolle von "AGB" und "Vertragsformblättern" oder "Formularverträgen", sofern diese im Einzelfall einer Gleichbehandlung mit "AGB" zugänglich sind, war schon vor dem Inkrafttreten des KSchG nach dem Maßstab der Anordnung des § 879 Abs 1 ABGB am dispositiven Recht als dem Leitbild eines abgewogenen

und gerechten Interessenausgleiches Orientierung zu nehmen (Bydlinski, FS - Kastner 45, insb 63): Eine weitgehende einseitige Abweichung vom dispositiven Recht, das für den "Durchschnittsfall" eine ausgewogene, gerechte Rechtslage anstrebt, kann unter den besonderen Verhältnissen der "Allgemeinen Geschäftsbedingungen" nämlich im Bereich der "verdünnten Vertragsfreiheit" des Kunden, rechtlich nicht toleriert werden; die auffallenden Inäquivalenz der beiderseitigen Regelung (Bydlinski aaO 63). (T1) Veröff: SZ 55/27 = JBl 1984,147

- 1 Ob 581/83

Entscheidungstext OGH 13.04.1983 1 Ob 581/83

Auch; nur: Eine weitgehende einseitige Abweichung vom dispositiven Recht, das für den "Durchschnittsfall" eine ausgewogene, gerechte Rechtslage anstrebt, kann unter den besonderen Verhältnissen der "Allgemeinen Geschäftsbedingungen" nämlich im Bereich der "verdünnten Vertragsfreiheit" des Kunden, rechtlich nicht toleriert werden; die auffallenden Inäquivalenz der beiderseitigen Regelung. (T2)

Beisatz: Bei dieser Interessenabwägung ist das Gewicht der vom Verwender der Formblätter verfolgten Interessen dem Gewicht der Belastungen gegenüberzustellen, die eine solche Klausel für seinen Vertragspartner mit sich bringen könnte. (T3)

Veröff: SZ 56/62 = EvBl 1983/129 S 468 = JBl 1983,534 (zust F Bydlinski) = MietSlg 35084 = MietSlg 35093 = MietSlg 35261(12)

- 1 Ob 546/84

Entscheidungstext OGH 22.02.1984 1 Ob 546/84

Auch; nur T2; Veröff: SZ 57/41 = EvBl 1984/110 S 434 = JBl 1985,233

- 6 Ob 563/85

Entscheidungstext OGH 09.05.1985 6 Ob 563/85

nur T2; Beis wie T3; Veröff: SZ 58/76 = RdW 1985,271

- 5 Ob 541/85

Entscheidungstext OGH 04.06.1985 5 Ob 541/85

Auch; Beis wie T3; Veröff: RdW 1986,10 = JBl 1986,373

- 1 Ob 626/85

Entscheidungstext OGH 16.09.1985 1 Ob 626/85

Auch; nur T2; Veröff: SZ 58/144 = EvBl 1986/54 S 210 = RdW 1986,75

- 2 Ob 535/86

Entscheidungstext OGH 17.06.1986 2 Ob 535/86

Auch; nur T2; Veröff: EvBl 1987/41 S 175 = RdW 1987,10

- 1 Ob 666/88

Entscheidungstext OGH 09.11.1988 1 Ob 666/88

nur T2; Veröff: SZ 61/235

- 3 Ob 512/89

Entscheidungstext OGH 26.04.1989 3 Ob 512/89

nur: Dabei ist die Restgültigkeit der nur teilweise von Nichtigkeit betroffenen Vertragsbestimmung anzuerkennen. (T4)

Beisatz: Der gesamte Vertrag ist nur dann nichtig, wenn das Geschäft ohne diese Nebenabreden nicht fortbestehen könnte. (T5) Veröff: ZVR 1989/186 S 343

- 7 Ob 12/90

Entscheidungstext OGH 07.06.1990 7 Ob 12/90

nur T2; Beis wie T3; Veröff: VersRdSch 1991,77 = VersR 1992,83 = ÖBA 1991,376 (Jabornegg)

- 1 Ob 638/94

Entscheidungstext OGH 23.11.1994 1 Ob 638/94

Auch; nur T2; Beis wie T3

- 9 Ob 2065/96h

Entscheidungstext OGH 17.12.1997 9 Ob 2065/96h

nur: Bei der Inhaltskontrolle von "AGB" und "Vertragsformblättern" oder "Formularverträgen", sofern diese im Einzelfall einer Gleichbehandlung mit "AGB" zugänglich sind, war schon vor dem Inkrafttreten des KSchG nach

dem Maßstab der Anordnung des § 879 Abs 1 ABGB am dispositiven Recht als dem Leitbild eines abgewogenen und gerechten Interessenausgleiches Orientierung zu nehmen. (T6)

- 6 Ob 320/98x

Entscheidungstext OGH 25.02.1999 6 Ob 320/98x

Auch; nur T2; Veröff: SZ 72/38

- 1 Ob 1/00d

Entscheidungstext OGH 24.10.2000 1 Ob 1/00d

Auch; Beisatz: Bei der in einem beweglichen System vorzunehmenden Beurteilung, ob eine in AGB oder in einem Vertragsformblatt enthaltene Bestimmung eine "gröbliche" Benachteiligung des Vertragspartners bewirkt, hat sich der Rechtsanwender am dispositiven Recht als dem Leitbild eines ausgewogenen und gerechten Interessenausgleichs zu orientieren. (T7); Veröff: SZ 73/158

- 7 Ob 267/02v

Entscheidungstext OGH 29.01.2003 7 Ob 267/02v

nur: Bei der Inhaltskontrolle von "AGB" und "Vertragsformblättern" war schon vor dem Inkrafttreten des KSchG nach dem Maßstab der Anordnung des § 879 Abs 1 ABGB am dispositiven Recht als dem Leitbild eines abgewogenen und gerechten Interessenausgleiches Orientierung zu nehmen. (T8)

- 7 Ob 179/03d

Entscheidungstext OGH 05.08.2003 7 Ob 179/03d

Auch; nur T6; Beisatz: Hier: Klausel des Art 12 Pkt 2.2. AHVB 1995/EHVB 1995. (T9); Veröff: SZ 2003/91

- 3 Ob 54/03t

Entscheidungstext OGH 26.11.2003 3 Ob 54/03t

Vgl auch; Beis wie T7

- 6 Ob 56/04k

Entscheidungstext OGH 25.03.2004 6 Ob 56/04k

Vgl

- 7 Ob 272/04g

Entscheidungstext OGH 02.03.2005 7 Ob 272/04g

Auch; Beis wie T3; Beis wie T5; Beisatz: Art 14 AVB Betriebsunterbrechungsversicherung Ärzte 1996; ist mangels Abweichens vom dispositiven Recht nicht sittenwidrig. (T9a)

Bem: Änderung der versehentlich ein zweites Mal vergebenen T-Nummer "T9" auf (T9a) - Juli 2013 (T9b)

- 7 Ob 179/05g

Entscheidungstext OGH 31.08.2005 7 Ob 179/05g

Vgl auch

- 9 Ob 15/05d

Entscheidungstext OGH 04.05.2006 9 Ob 15/05d

Auch; nur T6

- 7 Ob 78/06f

Entscheidungstext OGH 11.10.2006 7 Ob 78/06f

Auch; Beis wie T7; Beisatz: Hier: Zulässigkeit von Mietvertragsklauseln. (T10)

- 7 Ob 201/05t

Entscheidungstext OGH 11.12.2006 7 Ob 201/05t

Auch; Beis wie T7; Beisatz: Hier: AGB-Klauseln eines Elektrounternehmens. (T11)

- 4 Ob 221/06p

Entscheidungstext OGH 20.03.2007 4 Ob 221/06p

Auch; nur T8; Beis wie T7; Beisatz: Hier: AGB für Ankauf- und Barkredite. (T12)

- 4 Ob 5/08a

Entscheidungstext OGH 11.03.2008 4 Ob 5/08a

Auch

- 6 Ob 261/07m

Entscheidungstext OGH 21.02.2008 6 Ob 261/07m

Auch; Beisatz: Die Beurteilung, ob eine Klausel den Vertragspartner gröblich benachteiligt, orientiert sich am

dispositiven Recht, das als Leitbild eines ausgewogenen und gerechten Interessenausgleichs für den Durchschnittsfall dient. (T13)

Beisatz: Hier: Zulässige Klausel in Heimvertrag, mit der die Vorgangsweise nach Tod des Heimbewohners geregelt wird. (T14)

Veröff: SZ 2008/27

- 6 Ob 253/07k

Entscheidungstext OGH 07.08.2008 6 Ob 253/07k

Vgl; Beisatz: AGB für Wertpapierkontos eines Kreditunternehmens. Die Klausel, wonach ein Entgelt für die Ausfolgung oder Übertragung der verwahrten Wertpapiere anfällt, ist nicht gröblich benachteiligend. (T15)

Beisatz: Eine benachteiligende Bestimmung in einzelnen Punkten kann bei einer hier vorzunehmenden Gesamtbetrachtung auch gerechtfertigt erscheinen. Insbesondere können Nachteile durch andere vorteilhafte Vertragsbestimmungen ausgeglichen werden. In diesem Sinne kann ein Ausgleich durch zweckkongruente günstige Nebenbestimmungen, allenfalls auch durch sonstige günstige Nebenbestimmungen erfolgen. (T16)

Beisatz: Gerade darin, dass der Kunde nur die Wahl hat, zwischen den von der Bank angebotenen Bedingungen oder überhaupt nicht zu kontrahieren, liegt ja die verdünnte Willensfreiheit. (T17)

- 10 Ob 70/07b

Entscheidungstext OGH 28.01.2009 10 Ob 70/07b

Auch; Beis wie T13; Beisatz: Hier: AGB-Klauseln eines Kreditkartenunternehmens. (T18)

- 3 Ob 12/09z

Entscheidungstext OGH 19.05.2009 3 Ob 12/09z

Beis wie T13; Beisatz: Hier: AGB-Klauseln in Finanzierungsleasingverträgen. (T19)

- 7 Ob 230/08m

Entscheidungstext OGH 13.05.2009 7 Ob 230/08m

Auch; Beis wie T13; Beisatz: Hier: In Teilamortisationsleasingverträgen verwendete AGB. (T20)

- 9 Ob 81/08i

Entscheidungstext OGH 30.09.2009 9 Ob 81/08i

Auch; Beisatz: Weicht eine Klausel vom dispositiven Recht ab, liegt eine gröbliche Benachteiligung eines Vertragspartners im Sinn des § 879 Abs 3 ABGB schon dann vor, wenn es für die Abweichung keine sachliche Rechtfertigung gibt. Das ist jedenfalls dann anzunehmen, wenn die dem Vertragspartner zuge dachte Rechtsposition in einem auffallenden Missverhältnis zur vergleichbaren Rechtsposition des anderen steht. Die Beurteilung, ob eine Klausel den Vertragspartner gröblich benachteiligt, orientiert sich am dispositiven Recht, das als Leitbild eines ausgewogenen und gerechten Interessenausgleichs für den Durchschnittsfall dient. (T21)

Beisatz: Hier: AGB-Klauseln einer Emittentin von Teilschuldverschreibungen („Bedingungen der Teilschuldverschreibungen RQ REOP 2007-2013"). (T22)

- 4 Ob 59/09v

Entscheidungstext OGH 08.09.2009 4 Ob 59/09v

Vgl; Beis wie T13; Beisatz: Hier: AGB für Finanzierungsleasing. (T23)

- 1 Ob 131/09k

Entscheidungstext OGH 17.11.2009 1 Ob 131/09k

Vgl auch; nur T1; Beis wie T21; Beis wie T23; Veröff: SZ 2009/151

- 6 Ob 81/09v

Entscheidungstext OGH 18.12.2009 6 Ob 81/09v

Vgl; nur: Eine weitgehende einseitige Abweichung vom dispositiven Recht, das für den "Durchschnittsfall" eine ausgewogene, gerechte Rechtslage anstrebt, kann unter den besonderen Verhältnissen der "Allgemeinen Geschäftsbedingungen" nämlich im Bereich der "verdünnten Vertragsfreiheit" des Kunden, rechtlich nicht toleriert werden. (T24)

Bem: Hier: Unzulässigkeit einer Mietvertragsklausel, welche dem Mieter eine jährliche „Wartung" der Therme samt Nachweispflicht auferlegt. (T25)

- 4 Ob 99/09a

Entscheidungstext OGH 23.02.2010 4 Ob 99/09a

Vgl; Beis wie T21; Beisatz: Hier: Deinstallationsentgelt in AGB eines Mobilfunkunternehmens. (T26); Veröff: SZ

2010/14

- 3 Ob 268/09x

Entscheidungstext OGH 24.02.2010 3 Ob 268/09x

Auch

- 7 Ob 15/10x

Entscheidungstext OGH 17.03.2010 7 Ob 15/10x

Vgl; Beisatz: Hier: Verzinskungsklausel bei Bankschuldverschreibungen. (T27)

Beisatz: Für die Chance, höhere Zinsen zu bekommen, muss der Anleger das Risiko auf sich nehmen, unter Umständen sogar gar keine Zinsen zu erhalten. Tritt letzteres ein, so kann darin, dass sich das Spekulationsrisiko realisiert hat, keine unfaire Benachteiligung im Sinn des § 879 Abs 3 ABGB gesehen werden. (T28)

- 7 Ob 13/10b

Entscheidungstext OGH 17.03.2010 7 Ob 13/10b

Vgl; Beisatz: Hier: Gröbliche Benachteiligung bejaht bei einer Klausel, die den Anspruch auf die Vermittlungsgebühr bei Änderung oder vorzeitiger Beendigung des Vertrags „aus anderen Gründen“ unberührt lässt. (T29)

Beisatz: Hier: Gröbliche Benachteiligung bzw Nachteiligkeit im Einzelfall verneint bei Klauseln, die die Höhe der Vermittlungsgebühr regeln. (T30)

Beisatz: Hier: Gröbliche Benachteiligung verneint bei einer Klausel, der das Nettopolizzenystem zugrunde liegt und die nicht auf die Nachteile im Vergleich zum Bruttopolizzenystem hinweist (vgl idZ RS0125837 zur Nettopolizze). (T31)

- 6 Ob 220/09k

Entscheidungstext OGH 19.05.2010 6 Ob 220/09k

Vgl auch; Beis wie T16; Beisatz: Das Preisargument ist nur eingeschränkt heranzuziehen. (T32); Beis wie T27; Beis wie T28

- 7 Ob 22/10a

Entscheidungstext OGH 21.04.2010 7 Ob 22/10a

Auch; Beisatz: Hier: Geltungserhaltende Reduktion in Bezug auf die Ausschlussklausel des Art 7.2.5 ARB 1988. (T33)

- 6 Ob 100/10i

Entscheidungstext OGH 24.06.2010 6 Ob 100/10i

Vgl; Beis wie T7

- 1 Ob 105/10p

Entscheidungstext OGH 06.07.2010 1 Ob 105/10p

Auch; nur T1; Beis wie T13; Beis wie T21

- 6 Ob 134/10i

Entscheidungstext OGH 01.09.2010 6 Ob 134/10i

Auch; Beisatz: § 879 Abs 3 ABGB kann nur zwischen Vertragspartnern zur Anwendung kommen. (T34)

- 7 Ob 173/10g

Entscheidungstext OGH 11.05.2011 7 Ob 173/10g

Auch; Beis wie T19

- 5 Ob 42/11d

Entscheidungstext OGH 07.06.2011 5 Ob 42/11d

Auch; Beis wie T13

- 7 Ob 216/11g

Entscheidungstext OGH 21.12.2011 7 Ob 216/11g

Vgl auch; Beisatz: Hier: Bloßer Verweis auf § 6 Abs 3 VersVG. (T34a)

- 2 Ob 215/10x

Entscheidungstext OGH 27.02.2012 2 Ob 215/10x

Vgl; nur T2

Veröff: SZ 2012/20

- 4 Ob 141/11f

Entscheidungstext OGH 28.02.2012 4 Ob 141/11f

Vgl auch; Beis ähnlich wie T7; Beisatz: Die Bestimmung des § 879 Abs 3 ABGB will vor allem den Missbrauch der Privatautonomie durch Aufdrängen benachteiligender vertraglicher Nebenbestimmungen seitens eines typischerweise überlegenen Vertragspartners, vor allem bei Verwendung von AGB, bekämpfen. (T35)

Beisatz: Die Benachteiligung eines Vertragsteils gegenüber dem anderen nicht durch „höhere, der gesamten Gesellschaft dienende Ziele“ ausgeglichen werden. (T36)

Beisatz: Hier: Entgelt für Rechnung in Papierform. (T37)

- 9 Ob 69/11d

Entscheidungstext OGH 29.05.2012 9 Ob 69/11d

Vgl; nur T2; Auch Beis wie T16

- 7 Ob 22/12d

Entscheidungstext OGH 28.06.2012 7 Ob 22/12d

Auch; Beis wie T13

- 3 Ob 168/12w

Entscheidungstext OGH 17.10.2012 3 Ob 168/12w

Auch; Beis wie T37

- 1 Ob 244/11f

Entscheidungstext OGH 01.08.2012 1 Ob 244/11f

Vgl auch; Beis wie T7; Beis wie T13

- 7 Ob 93/12w

Entscheidungstext OGH 28.11.2012 7 Ob 93/12w

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at